

Mein „Vorstoß“ im Hauptauschuß.

Von

M. Erzberger, Mitglied des Reichstages.

Der Abgeordnete Erzberger schickt uns die nachfolgenden Ausführungen mit der Bitte, sie zu veröffentlichen. Wir drucken sie nachstehend ab, betonen aber ausdrücklich nochmals die von uns mehrfach eingenommene abweichende Stellung gegenüber den ukrainischen Vorgängen. Wenn das neue Kabinett sich aus Rußen und nicht aus Ukrainern zusammensetzen soll, so entspricht das eben den Verhältnissen im Lande, die unseres Erachtens die deutschen politischen Behörden verkannt haben. Wenn der Abgeordnete Erzberger jetzt fordert, man hätte Ukrainer und keine Rußen ins Kabinett nehmen sollen, so wäre es angebracht gewesen, auch gleich Anweisung dafür zu geben, wie man so schnell da Ukrainer herinnimmt, wo es keine gibt.

Die Unrichtigkeiten, Entstellungen und freien Erfindungen, die auf dem Wege der Presse über die Vorgänge bei der Beratung der Ostfragen im Haushaltsauschuß in die Öffentlichkeit gelangt sind, zwingen mich zu einigen Worten der Aufklärung und Abwehr.

Vor dem Eintritt in die Beratung hielten die Kommissionsmitglieder der Zentrumsfraktion eine Besprechung ab, in der sie sich einmütig auf die Leitsätze einigten, welche ich meinen Ausführungen am ersten Tag der Kommissionsberatung zu Grunde legte. Bizekanzler v. Payer meinte in seiner Rede, daß diese Leitsätze „offene Lügen einschließen“, während der konservative und nationalliberale Redner einerseits erklärte, daß sie teilweise Selbstverständliches enthielten, andererseits Bedenken äußerten über die Forderung, daß in den politischen und wirtschaftlichen Fragen der Ostländer der Reichskanzler das entscheidende Wort zu sprechen habe.

Zu den Ausführungen des Bizekanzlers und den Äußerungen der einzelnen Fraktionen nahm ich Stellung am Mittwoch, den 8. Mai. Nach dem amtlichen Sitzungsprotokoll und nach den mir vorliegenden Notizen war der Kern meiner Ausführungen folgender:

„Die Ursache, warum der Reichstag sich so oft mit den Ostfragen zu befassen habe, liege darin, daß die Regierung vorerst keine klare Stellung eingenommen habe und daß bisher als einzige Richtschnur der praktischen Politik Maßnahmen zugunsten des Großgrundbesitzes in der Ukraine und dem Baltikum sich ergeben hätten. Durch die Ausführungen des Bizekanzlers von Payer sei aber erfreulicherweise Klarheit geschaffen worden, und zwar in drei entscheidenden Leitätzen, denen er zustimme:

1. Herr von Payer habe als Ziel der Ostpolitik die Unterdrückung und Förderung der Nationalitätenpolitik in Rußland bezeichnet. Darin liege eine klare Absage an jene Bestrebungen, welche ein Großrußland schaffen wollten, welche aber nicht berücksichtigt, daß das künftige Großrußland ein anderes sein würde als das ehemalige zaristische, das durch die Rabatten imperialistisch regiert wurde und daß Deutschfeindlichkeit der Grundgedanke der neuen russischen Politik sei. Die Nationalitätenpolitik zu fördern liege im Interesse Deutschlands; darin sei er mit Bizekanzler von Payer einig.

2. Der Bizekanzler habe als Weg zu diesem Ziel bezeichnet, den Weg der Verständigung, nicht den der Vergewaltigung. Diese Absage an die Gewaltpolitik unterstreiche er (Redner) doppelt.

3. Wie der Bizekanzler erklärte, sei die Regierung entschlossen, ihre Zuständigkeit auf dem Gebiete der Ostfragen zu wahren. Diese Erklärung, die erstmals im Haushaltsauschuß abgegeben wurde, begrüße er deshalb besonders, weil bei früheren Debatten über die Ostfrage in der Regel niemand von der Regierung dagewesen sei, der Antwort gegeben und die Verantwortung für die getroffenen Maßnahmen übernommen hätte.

Mit diesen drei Grundätzen der Rede des Bizekanzlers sei er vollumfänglich einverstanden.

Es erhebe sich aber die Frage, wie weit die tatsächlichen Vorgänge mit den vom Bizekanzler gesteckten Zielen und von ihm bezeichneten Weg übereinstimmen. Da müsse er zu seinem lebhaften Bedauern feststellen, daß eine Reihe von Maßnahmen der letzten Zeit getroffen worden seien, welche den vom Bizekanzler bezeichneten Weg verließen, wie von den von ihm gesteckten Zielen sich entfernten.

Was zunächst Polen betreffe, so erinnere er an die Rede des preussischen Landwirtschaftsministers im Herrenhaus, welche für eine Verständigung mit Polen wenig Platz lasse, aber einer Vergewaltigung sehr nahe komme. Darüber mehr im Plenum.

Die Vorgänge in der Ukraine lösten besonders großes Bedauern aus. Es sei ein bleibendes Verdienst des Auswärtigen Amtes, die Wichtigkeit der Ukraine schon vor Jahren erkannt und konsequent die Ukrainepolitik betrieben und unterstützt zu haben. Dabei sei man sich immer klar gewesen darüber, daß jede Regierung in dem jungen Staat der Ukraine schwach sei. Wie aber sei bisher unser Verhalten gegenüber der Ukraine gewesen? Es sei ein großes Verdienst unseres Unterhändlers in Brest-Litowsk, daß er alsbald erkannt habe, daß der Punkt, von dem aus er die Ostfrage lösen könne, ein Friedensvertrag mit der Ukraine sei.

Kaum sei der Friedensvertrag mit der ukrainischen Regierung abgeschlossen gewesen, so habe diese aus Kiew Klüchten müssen. Sie habe die Deutschen zu Hilfe gerufen und sei unter deutschem Schutz wieder in Kiew eingezogen. Kurze Zeit nachher aber hätten deutsche Truppen die Regierung, mit welcher wir Frieden geschlossen und welche uns zu Hilfe gerufen hatte, eingesperrt und abgesetzt. Das könne kein Vertrauen erwecken. Noch unangenehmer seien die einzelnen Vorgänge bei diesen Aktionen, die wohl vorbereitet gewesen seien und welche man als einen von militärischer Seite ausgeführten deutschen Staatsstreich bezeichnen müsse.

Der Erlaß des Generalfeldmarschalls von Eichhorn habe praktisch nichts genutzt, politisch aber sehr geschadet. Das Verhalten der deutschen Behörden in der Frage der Entfernung des ukrainischen Staatsbürgers Dobry sei eine Einmischung in die innerpolitischen Angelegenheiten dieses Staates; er hoffe und wünsche, daß die deutschen Behörden sich jetzt nicht einmischen, wenn der neue Hetman seine politischen Gegner, die frühere Regierung, nimmere entfernen oder einsperren lasse. Die Art und Weise, wie durch deutsches Militär die bisherige Regierung gestürzt und eine neue Regierung ins Leben gerufen wurde, war, wie mit Recht der Bizekanzler erklärte, ein Mißgriff. Von einem zuverlässigen

Augenzeugen der ganzen Vorgänge sei ihm folgende Schilderung zugegangen:

In der Rada bekämpften sämtliche Parteien den Eichhornschen Frühjahrserlaß. Während der Nachmittags Sitzung gegen 3 Uhr fuhr deutsches Militär mit Panzerautos, Maschinengewehren und Kanonen vor dem Gebäude der Rada auf, um diese abzuschließen. Ein deutscher Offizier erschien mit deutschen Soldaten im Sitzungssaal und befahl in russischer Sprache: „Im Namen der deutschen Regierung: Die Hände hoch!“ Auf wiederholte Aufforderung kamen die Abgeordneten diesem Befehl nach. Der Präsident Gruschewski, welcher derselben nicht Folge leistete, wurde mit dem Revolver bedroht. Sämtliche Abgeordnete wurden untersucht. Mitglieder der Rada wurden nicht verhaftet, wohl aber Mitglieder der ukrainischen Regierung. Diese Vorgänge wurden in den Kiewer Zeitungen eingehend geschildert.

An diesem Abend hielten sämtliche Fraktionen der Rada Sitzungen ab, um Maßnahmen zum Schutz gegen den deutschen Angriff zu besprechen.

Während der Rada Sitzung am Tage der heiligen Sofia wurde General Skoropacki zum Hetman ausgerufen. Der Wahlspruch vor deutschen Soldaten umfiel. Die Teilnahme des ukrainischen Volkes war eine ganz klägliche. Der Kongreß der „Brotmacher“ (nicht Bauernkongreß) tagte in zwei Abteilungen. Bayerndelegierte waren sehr wenig erschienen. Der Rest bestand aus russischen und polnischen Großgrundbesitzern. Die Verhandlungssprache war russisch, nicht ukrainisch. Die Redner schlossen mit dem Ruf „Auf Rußlands Wohl und der Ukraine“. Eine Einigung zwischen den beiden Parteien dieses Kongresses, d. h. zwischen Bauern und Großgrundbesitzern, konnte nicht erzielt werden.

General Skoropacki ist wohl von Geburt Ukrainer, diente aber in der russischen Armee. Er wird von guten Kennern als der „kleine Boulanger“ bezeichnet. Der Ministerpräsident Ustimowitsch ist ein Großgrundbesitzer, Ruße durch und durch und für den unbedingten Anschluß der Ukraine an Rußland.

In diesen Tagen kam eine Delegation der Rada zum Vorkammerer von Mumm, um mit ihm Verhandlungen einzuleiten wegen Zurücknahme der kommunistischen Dekrete über den Bodenbesitz. Vorkammerer von Mumm erklärte, es sei zu spät.

Die Folgen seien aber sehr bedauerlich für Deutschland. In Kiew kann sich kein deutscher Soldat mehr unbewaffnet zeigen. Deutsche Soldaten seien bereits niedergeschossen worden. Die Erbitterung gegen Deutschland nehme zu. Die Eisenbahner und Arbeiter planen einen Generalstreik. Die ganze Bauernbevölkerung sei im höchsten Grade unzufrieden, weil die neuen Dekrete Skoropackys zum Vorteil der Großgrundbesitzer erlassen seien. Die Bauern würden kein Getreide liefern, und bei Requisition müsse man mit Blutvergießen rechnen. Der erste Zweck unseres Einschreitens, den Getreideüberschuß für das deutsche Volk zu sichern, werde hierdurch nicht erreicht.

Die politischen Folgen seien aber noch schlimmer. Der Haß gegen Deutschland nehme zu. Die russophilen Elemente freuten sich, daß diejenigen Minister, welche den Frieden mit uns abgeschlossen haben, von uns verhaftet seien. Weiter sei zu befürchten, daß die neue Regierung den Anschluß an Rußland schnellstens suchen werde. So entsiehe ein neues Großrußland unter deutschem Schutz von Kiew aus. Die Dekrete, welche Skoropacky erlassen habe, seien nahezu wörtliche Abschriften der russischen Verfassung aus der Zeit vor 1906. Die Minister, die bisher genannt worden seien, seien Großgrundbesitzer und ausgesprochen großrussischer Gesinnung. Es frage sich nun, was man aus der jetzigen, nicht günstigen Situation für Deutschland noch herausholen könne. Da gebe es nur zwei Wege:

- 1. Der sofortige Zusammentritt der ukrainischen Konstituante, welcher ohnehin schon am 12. Mai geplant gewesen sei.
- 2. Bildung eines Koalitionskabinetts aus Nationalukrainern, nicht aus Großrußen.

Die gestrige Depesche über die Unterredung von General Gröner mit Sozialisten zeige bereits erfreulicherweise, daß die deutschen Behörden in dieser Richtung vorgehen. Es wäre interessant, zu erfahren, welche Antwort die Sozialisten gegeben hätten. Die Verantwortung für die Politik in der Ukraine und für alle daraus entstehenden nachteiligen Folgen für Deutschland müsse er ablehnen. Die Forderung, den Getreideüberschuß gegen die Stellung von Zauschartiteln möglichst bald dem deutschen Volk zur Verfügung zu stellen, und dabei doch eine dauernde Verständigungspolitik zwischen der Ukraine und Deutschland zu treiben, ließe sich sehr gut vereinigen. Das sei eben Aufgabe einer richtigen Staatskunst.

Was Estland und Livland betreffe, so sei zu bedauern, daß von deutscher Seite zugesagt worden sei, man werde die Lösungsbestrebungen der Esten und Livländer „wirksam unterstützen“. Die Zentrumsfraktion habe die Reichsleitung ihren Standpunkt in dieser Frage wissen lassen und er gehe dahin: Estland und Livland stünden nach dem Friedensvertrag unter russischer Oberhoheit. Sie hätten aus eigenem in korrekter Weise eine Lösung von Rußland durchzusetzen. Sei diese dann erfolgt, so sei das Zentrum gern bereit, an den Voraussetzungen für ein engeres Verhältnis mit Deutschland mitzuarbeiten. An diesem Standpunkt müsse das Zentrum gegenüber anderen Auffassungen festhalten, damit niemand in der Welt sagen könne, wir legten einen Friedensvertrag infolge militärischer Ermügenschaften im Westen nach Osten anders aus, als vor Ostern.

Was endlich Litauen betreffe, so sei sehr bedauerlich, daß man immer wieder dieselben Klagen vorbringen müsse. Acht Tage vor Ostern sei Litauen als selbständiger und unabhängiger Staat anerkannt worden. Die Delegation des Landestats habe bei ihrer Anwesenheit dem Kanzler eine Reihe von Wünschen vorgetragen wollen. Es sei ihr aber gesagt worden, sie müsse alsbald abreisen, da in Wilna eine große Unabhängigkeitsfeier geplant sei. Man habe ihr im Reichskanzlerpalais auf das Bestimmteste in Aussicht gestellt, daß sie bereits am 4. April wieder nach Berlin kommen würde. Die Delegation sei abgereist, die Unabhängigkeitsfeier habe nicht stattgefunden; der Delegation sei bis heute die Reise nach Berlin nicht gestattet worden, auch nicht einer Delegation des Landestats zu dem Zweck, mit den zuständigen kirchlichen Behörden Verhandlungen über Celebrierung dringender kirchlicher Angelegenheiten zu pflegen. Selbst Abgeordnete sei die Reise nach Litauen verboten worden.

Der einseitige Wunsch des ganzen Landes ginge nach einem katholischen Fürsten ohne jegliche Personalunion. Gewisse Stellen arbeiten mit Nachdruck dahin, das katholische Land zu einer Personalunion mit dem Deutschen Kaiser zu drängen. Die früher vorgetragenen Klagen bestehen heute noch zu Recht. Die 35 000 litauischen Kriegsgefangenen dürften nicht zurückkehren. Ärzten und Gymnasten, welche in Rußland weilten, werde die Rück-

kehr auch nicht gestattet. Requisitionen gingen mit großer Härte vor sich. Für einen Liter Milch bekomme der litauische Bauer nur 5 Pfennig, und wenn er nicht genügend abliefern, werde er bestraft. Mit aufrichtiger Freude begrüße er daher die Zusage des Bizekanzlers, daß eine eigene litauische Regierung gebildet und eine eigene litauische Zivilverwaltung eingeführt würde. Er hoffe und wünsche, daß diese so notwendigen Schritte nunmehr bald vor sich gehen würden.

Eine starke Regierung müsse dem als richtig erkannten Ziel auf dem als richtig erkannten Weg, unbekümmert um jede Einflüsse, energisch entgegenstreben. Seine politischen Freunde wünschten die Einhaltung folgender Richtlinien für die Behandlung der Ostfragen:

Entscheidungen in allen die Ostländer betreffenden politischen und wirtschaftlichen Fragen dürften nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung des Reichskanzlers getroffen werden.

Die Friedensverträge von Brest-Litowsk sind in vollem Umfang sowohl dem Wortlaut, als auch dem Sinne nach aufrecht zu erhalten.

Zur Erreichung einer raschen und genügenden Getreidelieferung sind die in Artikel 7, Ziffer 1 des zu Brest-Litowsk mit der Ukraine abgeschlossenen Friedensvertrages vorgesehenen Austauschartikel der Ukraine mit tunlichster Beschleunigung zur Verfügung zu stellen.

Die politischen und militärischen deutschen Stellen haben sich jeder Einmischung in die inneren Verhältnisse der Ukraine zu enthalten.

Soweit der Kern meiner Ausführungen. Die Kritik, die hierin enthalten ist, halte ich wohlbegründet aufrecht und angesichts des Gesamtmaterials für mäßig. Keiner der nachfolgenden Redner aus den Parteien konnte meine Angaben entkräften. Es ist auch nicht zureichend, daß Abg. Stresemann diejenigen Ausführungen gegen mich gemacht hat, welche die „Nationalliberale Korrespondenz“ verbreitet. Ich hätte sie dann sicher nicht unbeantwortet gelassen. Daß in diesen Ausführungen kein „Vorstoß“ gegen den Grafen Hertling oder die Oberste Heeresleitung enthalten ist, wird jeder objektiv Urteilende zugestehen müssen. Aber noch mehr. Wenn ein solcher Vorstoß in dieser Rede gelegen hätte, so würde Bizekanzler von Payer, den ich seit vielen Jahren kenne und schätze, nicht geschwiegen haben und hätte nicht schweigen können. Es hat aber kein einziger Vertreter der Regierung gegen irgend eine meiner Ausführungen protestiert oder Einwendungen erhoben. Schon diese eine Tatsache ergibt, daß der tatsächliche Vorgang im Haushaltsauschuß ein wesentlich anderer war, als wie er von einer Reihe von Zeitungen dargestellt wird. Darum hat der Vorsitzende der Zentrumsfraktion mit Recht erklärt, daß alle Darstellungen, welche von einem Vorstoß gegen den Grafen Hertling und die Oberste Heeresleitung sprechen, als falsch bezeichnet werden müssen.

Es liegt mir gegenüber den häßlichen Unterstellungen, denen mein Verhältnis zur Armee und zu ihren vorzüglichen Führern ausgesetzt ist, daran, in diesem Zusammenhang nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß die Oberste Heeresleitung in keiner Weise in meine Artikel einbezogen worden ist, Hindenburg und Ludendorff, zu denen unser ganzes Volk mit Recht in Dankbarkeit und Zuversicht emporschaut, sind für mich so große und verehrungswürdige Gestalten, wie für irgendeinen anderen deutschen Mann. Der Name Eichhorn ist mit dem Gedächtnis an eine Reihe militärischer Großtaten in schweren Jahren des russischen Krieges für immer verbunden. Jetzt aber stehen wir nicht mehr im Krieg mit Rußland und insbesondere mit der Ukraine leben wir sozusagen in einem „Friedens- und Freundschaftsverhältnis“.

Wenn ich also die Maßnahmen kritisiert habe, die militärische Stellen jüngst in Kiew getroffen haben, so habe ich ausschließlich politische Fragen im Auge gehabt, mit denen infolge der gegebenen Verhältnisse in der Ukraine vorerst überwiegend die Militärs befaßt sind. Maßnahmen rein politischer Natur aber, wie die von mir am 8. d. M. besprochenen, können unmöglich deswegen, weil sie von militärischen Stellen ausgehen, jeder Erörterung entzogen sein. Zu ihnen Stellung zu nehmen ist das Recht und die Pflicht jedes Abgeordneten. Ich lasse mich an Liebe zu unserem großen deutschen Vaterland von niemand übertreffen, aber ich habe auch für das, was unser Volk an Sorgen beschwert, ein offenes Auge. Mir Feindseligkeit gegen das Militär vorzuwerfen, ist eine bewusste Verleumdung meiner Absichten, die nicht weniger als die irgend eines meiner lauten und stillen Gegner auf die Größe des Deutschen Reiches und auf die Herbeiführung eines ehrenvollen, dauernden Friedens gerichtet sind, der die kulturelle, politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands sichert.

Nun zu dem sogenannten Antrag Erzberger. Die bisherigen Darlegungen erwiesen bereits, daß ein solcher Antrag von mir nicht angekündigt wurde, nicht eingebracht wurde, und daß er daher auch nicht zurückgezogen, und daß er nicht für das Plenum angekündigt werden konnte.

Der wahre Sachverhalt ist folgender: Von mehreren Seiten und Parteien trat man am Mittwoch an mich heran, man möchte die längere Debatte mit einem Beschluß endigen; hierzu würden sich vorzüglich eignen die Richtlinien, welche ich bereits am Samstag dargelegt habe. In Verbindung mit meinen politischen Freunden in der Kommission arbeitete ich nun den Entwurf zu einem Antrag aus. Dieser Entwurf fand die Unterschrift sämtlicher anwesenden Kommissionsmitglieder der Zentrumsfraktion (Erzberger, Gröner, Naden, Dr. Pfeleger und Freiherr von Reden-berg). Der Entwurf wurde den Mitgliedern der Volkspartei und Sozialdemokratie zur Mitunterzeichnung vorgelegt. Die Herren unterzeichneten den Antrag.

Darauf wurde von einem Mitglied der Volkspartei mit Bizekanzler von Payer über den Antrag selbst in privater Unterredung gesprochen. Dieser äußerte Bedenken und wünschte einige redaktionelle Änderungen, auf welche eingegangen wurde. Im weiteren Verlauf der privaten mit dem Bizekanzler geführten Verhandlungen erklärte dieser, daß er es lieber sehen würde, wenn der Antrag überhaupt nicht eingebracht würde. Darauf zogen die Herren der Volkspartei ihre Unterschrift zurück. Als sie mir dies mitteilten, erklärte ich sofort: „Dann wird der Antrag überhaupt nicht eingebracht.“ Und ich hat, die anderen Herren, die unterzeichnet hatten, davon zu benachrichtigen. Sämtliche Herren erklärten sich mit dem Nichteinbringen des Antrages einverstanden.

Das ist eben der große Vorteil des jetzigen Regierungssystems in Deutschland, daß zuerst die Mehrheitsparteien unter sich einig zu werden suchen und dann mit der Regierung verhandeln, ehe sie Anträge einbringen. Gerade dieses Nichteinbringen des Antrages belagert am deutlichsten, daß es sich um eine tendenziöse Entscheidung der ganzen Vorgänge handelt, wenn man von einem Vorstoß gegen den Grafen Hertling und die Oberste Heeresleitung spricht. Es ist zu bedauern, daß die Beratung solcher hochwichtigen Angelegenheiten im Halbdunkel des Ausschusses stattfindet, wodurch sich mangels einer objektiven und umfassenden Berichterstattung für gewisse Kreise anscheinend erwünschter Anlaß zu politischer Brummenvergiftung ergibt.